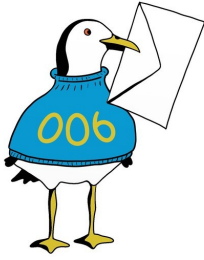


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

über das vom Koalitionsausschuss beschlossenen Konjunkturpaket wurde in den letzten zwei Wochen viel berichtet. Es wurde gelobt und kritisiert, verteidigt und zerrissen. Einige sind sich aber alle, dass wir ohne ein umfangreiches Konjunkturpaket aus der wirtschaftlichen Talfahrt nicht herauskommen. Ich finde das Paket hat viele gute und wichtige Maßnahmen. Hilfen für Familien, steuerliche Erleichterungen und Überbrückungshilfen für den Mittelstand, Finanzhilfen für Länder und Kommunen, Geld für Zukunftsinvestitionen wie z.B. in Klimatechnologien und Infrastruktur oder die weitere Stärkung unseres Gesundheitssystems. Letztes hat in den vergangenen Monaten gezeigt, was in ihm steckt. Ich bin froh darüber, dass sich einige Forderungen, wie die Autokaufprämie, am Ende doch nicht durchsetzen konnten. Um das 130 Mrd. Euro schwere Konjunkturprogramm finanziell unterlegen zu können, hat der Finanzminister in dieser Woche einen zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 ins Parlament eingebracht.

Wir Unionspolitiker haben uns früh dafür stark gemacht, dass der wirtschaftliche Aufschwung nach der Krise nur gelingen kann, wenn wir auch auf Innovationen und Zukunftstechnologien setzen. Einen Meilenstein bei diesem Thema ist die Wasserstofftechnik. Mit der von der Bundesregierung nun vorgelegten "Nationalen Wasserstoffstrategie" wollen wir den Standort Deutschland zum Ausrüster der Welt machen. Um die Energie aus Wasserstoff wird in Zukunft kein Weg herum führen, das gilt besonders für die energieintensive Industrien und die Automobilbranche.



In eigener Sache



Neu im Team #006 ist übrigens die Möwe Hilde. Wer mir auf Facebook folgt, kennt sie wahrscheinlich schon. Sie kommt im Wahlkreis viel herum und verschickt den ganzen Sommer einmal die Woche ein Foto von sich an einem "unbekannten" Ort über meinen Facebook-Account. Wer errät, wo sie gerade ist, postet das einfach unter das Foto. Für den richtigen Tipp gibt es ein spannendes Buch zu gewinnen. [Hier](#) geht es zu meiner Facebook-Seite.

Die Woche im Bundestag

Meine Rede am Mittwoch



Am Mittwochabend haben wir im Plenum über Gendergerechtigkeit in der Corona-Krise diskutiert. Zunächst einmal: ja, Frauen leisten Großartiges. Und das übrings nicht nur in Krisenzeiten, der letzten Monate. Sie arbeiten in systemrelevanten Berufen oder betreuen im Home Office ihre Kinder und sind gleichzeitig Lehrersersatz. Das alles ist Arbeit, die wir besser wertschätzen müssen, gesellschaftlich und finanziell. Auch sollten wir ernsthaft eine Reform von Elternzeit und Elterngeld diskutieren - im Sinne einer fairen Aufteilung der Kinderbetreuung.

Was wir hingegen nicht brauchen, sind Forderungen der GRÜNEN, wonach Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden sollten oder staatliche Hilfen nur an solche Unternehmen gehen dürfen, die eine Frauenquote haben. Wenn dann ausgerechnet am 17. Juni, dem Tag des DDR Volksaufstandes, die LINKEN einen Antrag vorstellen, in dem es heißt: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem kann nicht angemessen auf Krisen reagieren," dann muss ich auch mal etwas deutlicher werden.

Die Rede können Sie [hier](#) noch einmal anschauen.

Einbruch der Kreuzfahrtindustrie



Der erste Termin am Donnerstagmorgen ist in den Sitzungswochen stets für die Sitzung des Arbeitskreises Küste reserviert. Das Thema in dieser Woche war der coronabedingte Einbruch der Kreuzfahrtindustrie. Die Schiffe der Reedereien wie AIDA, TUI Cruises, MSC, Hapag-Lloyd Cruises und Costa liegen derzeit auf dem Trockenen und wissen nicht, wie es in ihrer Branche weitergeht.

Der Einbruch der Kreuzfahrtindustrie trifft den Norden besonders hart. Alleine in Hamburg fehlen rund 200 Anläufe, mit jährlich ca. 800.000 Touristen. In Städten wie Rostock oder Kiel das gleiche Bild. Und die Meyer Werft plant nach jüngsten Meldungen mehrwöchige Schließungen, weil geplante Aufträge wegfallen oder auf unbestimmte Zeit verschoben wurden. Helge Grammerstorf, National Director der Cruise Lines International Association (CLIA), dem Spitzenverband der Kreuzfahrtindustrie, hat die aktuelle Lage der Branche skizziert und einen Ausblick gegeben, wohin die Branche steuert. Klar ist: Die Branche will und muss auf Nachhaltigkeit umsteuern und in den Klimaschutz investieren.

Wie geht es auf den Theaterbühnen weiter?

Die Zeit nach der Corona-Pandemie wird eine andere sein. Das gilt nicht nur für unser alltägliches Miteinander sondern auch, oder vor allem, für die Theater, Opernhäuser, Veranstaltungsorte oder Clubs im Land. Am Donnerstag habe ich mit Michael Sturm und Stefan Rosinski darüber gesprochen, wie unsere Theatervielfalt überleben kann. Sturm ist ein erfahrener Opernregisseur, Rosinskis

Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.



Während Stadt- und Staatstheater mit ihren Tarifverträgen ihre Musiker, Sänger und Schauspieler "wenigstens" noch in die Kurzarbeit schicken können, bleibt den freien Ensembles und den Soloselbständigen in der Kulturszene nur die Hoffnung, dass der Theaterbetrieb irgendwann wieder los geht. Rosinski schlägt deshalb einen Solidarfonds für den Kulturbetrieb vor, durch den die staatlichen Institutionen die freie Szene vor Ort finanzieren. Natürlich kamen wir auch auf das Thema Digitalisierung zu sprechen, dass in diesen Zeiten auch die großen Orchester bzw. ihre Verantwortlichen umtreibt. Um den Sound eines Orchesters z.B. per Streaming in die heimischen Wohnzimmer zu bringen, fehlt es in Deutschland schlichtweg an entsprechenden Aufnahmestudios. All diese Vorschläge werde ich in unsere internen Kulturdebatten einbringen, denn wir müssen die Krise auch nutzen, um in der Kultur neue Wege zu gehen.

Die Woche im Plenum

Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität



Hass und Hetze sind im Netz so allgegenwärtig wie Katzenvideos oder Fotos vom letzten Restaurantbesuch. Während die einen soziale Medien tatsächlich als "soziales" Kommunikationsmittel nutzen, bricht sich bei anderen der blanke Hass Bahn. Es wird gepöbelt, diffamiert, eingeschüchert und gedroht. Die Grenze der Strafbarkeit ist beim Aufruf zur Gewalt längst überschritten. Nicht nur die Unversehrtheit des Einzelnen ist in Gefahr, sondern auch die allgemeine und freie Meinungsäußerung.

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität haben wir ein ganzes Maßnahmenpaket verabschiedet, dass eine effektive Strafverfolgung insbesondere von Hasskriminalität mit rechtsextremistischem Hintergrund, nicht nur, aber gerade auch im Internet ermöglicht. Die zentrale Neuerung ist die Einführung einer Meldepflicht der Anbieter sozialer Netzwerke im Sinne des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes. Anbieter sollen verpflichtet werden, ein System einzurichten, wonach bestimmte strafbare Inhalte an das BKA zu melden sind. Erfasst werden nur solche Inhalte, bei denen es konkrete Anhaltspunkte für die Erfüllung eines Straftatbestandes gibt und die anhaltende negative Auswirkungen auf die Ausübung der Meinungsfreiheit in den sozialen Medien haben können. Zusätzlich wird das Zugänglichmachen kinderpornografischer Inhalte erfasst, um den Handel mit kinderpornografischen Inhalten auszutrocknen und damit der weiteren Herstellung von Missbrauchsdarstellungen sowie der Gefahr entgegenzuwirken, dass Dritte zur Nachahmung in der realen Welt angeregt werden.

Aktuelle Stunde

- Kinder vor sexueller Gewalt schützen -

Wenn Kinder sexuelle Gewalt erfahren und diese Fälle öffentlich werden, ist die mediale Aufmerksamkeit zunächst groß. So geschehen bei dem aktuellen Missbrauchsfall in Münster. Leider rückt das öffentliche Interesse nach kurzer Zeit wieder in den Hintergrund. Wir Familienpolitiker der Unionsfraktion haben schon vor über einem Jahr auf die Missstände bei der Bekämpfung von Missbrauch aufmerksam gemacht und in einem [Positionspapier](#) 26 Forderungen bzw. Lösungsvorschläge vorgelegt. In dem Papier haben wir ganz konkret dargelegt, was sich ändern muss.



Einige der geforderten Maßnahmen haben wir bereits gesetzlich umsetzen können: So haben wir u.a. die Versuchsstrafbarkeit von Cybergrooming - also die gezielten Kontaktaufnahme von Erwachsenen zu Minderjährigen im Internet mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte - im Gesetz verankert; am Donnerstag haben wir die Meldepflicht Sozialer Netzwerke für das Zugänglichmachen kinderpornografischer Inhalte beschlossen; eine Reform des Jugendmedienschutzes befindet sich auf der Zielgeraden. Viele unserer geforderten Maßnahmen, um Kinder effektiv zu schützen und Täter härter zu bestrafen, sind bisher jedoch ausgeblieben.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, wurde am Donnerstag in der von uns einberufenen "Aktuellen Stunde" im Plenum noch einmal deutlich. Für mich ist klar: Vergehen an Kindern sind Verbrechen und müssen entsprechend geahndet werden. Hier brauchen wir härtere Strafen! Für eine Strafe auf Bewährung fehlt mir hier jegliches Verständnis. Dafür gab und gibt es zu viele Wiederholungsfälle. Wir brauchen mehr Rechtssicherheit und bessere Ermittlungstechnik für die Polizei und vor allem einen erhöhten Strafraum. Dagegen hat sich leider bisher die SPD-Bundesjustizministerin Christine Lambrecht gesperrt. Ich hoffe, dass sie sich nun wirklich eines Besseren besinnt, denn jedes missbrauchte Kind ist eines zuviel und bedeutet auch ein Versagen des Staates. Hier müssen wir im Sinne der Schwächsten unserer Gesellschaft handeln!

Nachtragshaushalt



In dieser Woche haben wir den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts 2020 zum ersten Mal beraten. Er soll die umfangreichen Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 finanziell unterlegen. Bestandteile des Haushaltes sind etwa steuerliche Hilfsmaßnahmen wie die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer oder der vereinbarte Bonus zum Kindergeld in der Höhe von 300 Euro pro Kind mit einem Gesamtumfang von 17,6 Milliarden Euro.

Enthalten sind weiterhin Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze für den Gesundheitsfonds und die soziale Pflegeversicherung in der Höhe von insgesamt 5,3 Milliarden Euro. Für Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden weitere 25 Milliarden Euro bereitgestellt. Der Bund stärkt durch eine Erhöhung seiner Beteiligung an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung und einem Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV die Finanzkraft von Ländern und Kommunen. Hierfür sind 13 Mrd. Euro vorgesehen. Zudem sind weiterhin Liquiditätshilfen des Bundes für die Bundesagentur für Arbeit Bestandteil des Haushaltes.

Zusätzlich zu diesen Ausgaben zur Stabilisierung und Konjunkturbelebung umfasst der Nachtragshaushalt außerdem umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Zu nennen sind etwa Mittel für den Energie- und Klimafonds, für die Deutsche Bahn oder die digitale Infrastruktur.

Zweites Corona-Steuerhilfegesetz - Weitere Unterstützung für Familien -

Die Bewältigung der Corona-Krise ist eine enorme Herausforderung für uns alle. Um sie zu meistern, haben wir verschiedene steuerliche Maßnahmen in einem Steuerhilfegesetz gebündelt. Am Freitagvormittag haben wir das Gesetz zum ersten mal im Plenum debattiert. Eine wesentliche Maßnahme dieses Bündels ist eine befristete Absenkung der Mehrwertsteuer vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19% auf 16% und beim ermäßigten Steuersatz von 7% auf 5%. Ziel ist die Entlastung aller Bürger und eine Belebung der Konjunktur.



Vorgesehen ist weiterhin, dass Familien einen Kinderbonus von einmalig 300 Euro pro Kind erhalten. Der Kindergeldbonus wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Bei Inanspruchnahme des Kinderfreibetrags, wird der Bonus mit dem Freibetrag verrechnet. Der Kinderbonus soll in zwei Teilen von je 150 Euro im September und Oktober 2020 ausgezahlt werden. Außerdem soll der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende für einen Zeitraum von zwei Jahren von derzeit 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben werden.

Um unsere angeschlagene Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, werden eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen eingeführt. Wie z.B. die Verschiebung der Fälligkeit der Einfuhrumsatzsteuer und die Erweiterung der Möglichkeit zum steuerlichen Verlustrücktrag für die Jahre 2020 und 2021 von fünf Millionen Euro beziehungsweise zehn Millionen Euro bei Zusammenveranlagung. Außerdem wollen wir eine degressive Abschreibung in Höhe von 25 Prozent für Wirtschaftsgüter einführen, die in den Jahren 2020 und 2021 angeschafft oder hergestellt werden. All diese Maßnahmen sind Teil des zweiten Nachtragshaushalts 2020.

Rettung der deutschen Schiffbauindustrie



Am Freitagvormittag stand ein Antrag zur „Rettung der deutschen Schiffbauindustrie“, den wir als Koalitionsfraktionen eingebracht haben, im Plenum zur Debatte. In dem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Vergabebestimmungen bei der Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen zu optimieren. Gerade für uns Schleswig-Holsteiner und die Werftenstandorte im Land ist dieses Thema eine Herzensangelegenheit.

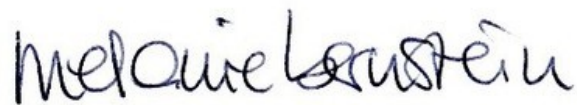
Zukünftig sollen Aufträge, die diese Schifftypen umfassen, europarechtskonform möglichst an deutsche Werften vergeben werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, bei der Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen verstärkt innovative und umweltfreundliche Technologien zu fördern und innovative, soziale und umweltbezogene Aspekte bei der Beschaffung von Behördenfahrzeugen und Forschungsschiffen stärker einzubeziehen.

Darüber hinaus sollen im Rahmen des Konjunkturprogramms für die deutsche Wirtschaft auch die Werften und die Zulieferindustrie berücksichtigt werden. Die Schifffahrt soll als klimafreundliches Verkehrsmittel gestärkt, modernisiert und digitalisiert werden. Dazu gehören u.a. Ufersanierungen, die Modernisierung von Schleusen, die Ersatzbeschaffung von Schiffen und digitale Testfelder. Bestehende Programme wie das Förderprogramm Landstrom und neu entstehende "Sofortprogramm Saubere Schiffe" sollen in den Jahren 2020 und 2021 mit 1 Mrd. Euro zusätzlich ausgestattet werden.

Mein nächster Newsletter erscheint am 3. Juli 2020.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und bleiben Sie zuversichtlich!

Ihre



Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? **Schreiben Sie mir!**



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

* Bildrechte: Pixabay.com

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.